

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 12. Oktober 2020; Bericht

Am 12. Oktober 2020 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Belgrad-Pristina-Dialog, Belarus, Russland sowie Lateinamerika und Karibik. Die Debatte zu diesem letzten Punkt wurde aus Zeitgründen im Rahmen des informellen Arbeitsmittagessens geführt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, die Themen Bergkarabach, Kirgisistan, das Gipfeltreffen EU-Ukraine vom 6. Oktober, Venezuela, Mosambik, der EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie, Mali, Klima- und Energiediplomatie, Afghanistan sowie die jüngsten Entwicklungen im östlichen Mittelmeer angesprochen.

Um den wichtigen Punkt Belgrad-Pristina-Dialog auf die Tagesordnung zu setzen, hatte ich im Vorfeld des RAB gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn – den sogenannten „Central-5“-Staaten – einen Brief an HV/VP Borrell gerichtet. Diese Initiative hatte auch unter den anderen EU-Mitgliedsstaaten viel Zuspruch gefunden. In der Diskussion erörterte der EU-Sonderbeauftragte Miroslav Lajčák, dass seit der Wiederaufnahme der Gespräche im Juli ein konstruktives Engagement beider Parteien festzustellen sei. Nunmehr stünden besonders schwierige Themen an (u.a. Vermögensfragen, Verband der serbischen Gemeinden im Kosovo). Drei Hauptbotschaften der EU-Mitgliedsstaaten seien jetzt wesentlich: 1) Der Kosovo müsse greifbare Unterstützung der EU spüren (insbesondere Visaliberalisierung); 2) Serbien müsse glaubwürdig versichert werden, dass die EU-Perspektive aufrecht sei; 3) Es gebe keine Alternative zum Dialog. Ich betonte, dass gezielte Anreize für beide Seiten vonnöten seien, und nannte

diesbezüglich als Beispiele die Visaliberalisierung für den Kosovo, Elemente des neuen Wirtschafts- und Investitionsplans für den Westbalkan wie präferenziellen IPA-Zugang (Instrument for Pre-accession Assistance) oder Kreditgarantien, sowie die Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen. Außerdem teilte ich meine Einschätzung, dass das jüngste US-Interesse an der Region positiv zu erachten sei, da es neues Momentum gebracht habe. Die EU müsse ihre Führungsrolle aber beibehalten. Die Mitgliedsstaaten sprachen dem EU-Sonderbeauftragten Lajčák ihre volle Unterstützung aus und teilten dessen Einschätzung. Als zentral für einen Erfolg des Belgrad-Pristina-Dialogs wurde von den Mitgliedsstaaten eine glaubwürdige EU-Perspektive gesehen. Die Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass es sichtbarer Beispiele für den Mehrwert der EU und effektiver Anreize/Versicherungen (inklusive entsprechender öffentlicher Kommunikation) bedürfe. Weiters erklärten zahlreiche Mitgliedsstaaten in Anbetracht des laufenden „Wettbewerbs“ um die Region mit anderen Akteuren (u.a. China, Russland, Türkei, Saudi-Arabien), dass der Belgrad-Pristina-Dialog ein klares EU-Thema und von strategischer Bedeutung sei. Mit den USA brauche es dennoch eine möglichst enge Koordinierung.

Zu Belarus verwies HV/VP Josep Borrell einleitend auf das als Reaktion auf die Annahme der restriktiven Maßnahmen erfolgte Vorgehen von Belarus gegen die diplomatischen Missionen von Litauen und Polen in Minsk, sowie auf den diesbezüglichen, koordinierten EU-Ansatz. HV/VP sehe keine Perspektive für eine Gesprächsbereitschaft des belarussischen Regimes, es sei nun Zeit für ein zweites Sanktionenpaket. Die angenommenen Ratsschlussfolgerungen kämen zur richtigen Zeit. Der litauischen und polnischen Forderung nach einer raschen Annahme der neuen Listungsvorschläge, inklusive der Listung von Alexander Lukaschenko, schlossen sich zahlreiche Mitgliedsstaaten an, wobei aber auch betont wurde, dass es eines umfassenderen Ansatzes gegenüber Belarus bedürfe.

Auch ich erklärte Österreichs grundsätzliche Bereitschaft zur raschen Annahme der Listungsvorschläge, betonte jedoch zugleich, dass im Umgang mit Belarus auch das Offenhalten von Gesprächskanälen wichtig sei und nicht nur die Sprache von Sanktionen eingesetzt werden sollte. Außerdem unterstrich ich die Bedeutung der Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer raschen Implementierung des Unterstützungspakets und regte zusätzlich die Möglichkeit der Verwendung finanzieller Mittel im Rahmen des Nachbarschaftsinstrumentes (ENI) an. EU-Kommissarin Jutta Urpilainen gab ein Update zum geplanten Unterstützungspaket der EK in Höhe von über EUR 50 Mio., welches von den Mitgliedsstaaten allgemein begrüßt wurde.

In der Diskussion zu Russland erinnerte HV/VP Josep Borrell an die fünf Leitlinien für die EU-Russland-Beziehungen. Die EU müsse ausloten, wie eine weitere Stärkung ihrer Hebelwirkung in ihren Beziehungen mit Russland erzielt werden könnte. Deutschland und Frankreich informierten über die jüngsten Ereignisse im Fall Nawalny (Einsatz eines Nervengifts der Nowitschok-Gruppe bewiesen) und erklärten, dass nunmehr weitere Schritte gesetzt werden müssten, inklusive einer raschen Annahme der diesbezüglichen von Deutschland und Frankreich vorgelegten Leistungsvorschläge. Zugleich sprachen sich zahlreiche Mitgliedsstaaten aber auch für ein selektives Engagement gegenüber Russland im Bereich Außenpolitik (z.B. Bergkarabach, Libyen, Syrien, Nahostfriedensprozess, Abrüstung, Iran/JCPOA) oder auch betreffend Klima, Umwelt und COVID-19 aus. Weiters thematisierten einige Mitgliedsstaaten die Menschenrechtssituation in Russland.

Außerdem ersuchte Deutschland um Entwicklung einer europäischen Strategie für den indopazifischen Raum und eine Intensivierung der EU-Beziehungen zu ebendiesem. Belgien berichtete kurz über die vierte Überprüfungskonferenz zum „Open Skies“-Vertrag, die von 7.-9. Oktober in Wien unter belgischem Vorsitz stattgefunden hatte.

Der vorgesehene Tagesordnungspunkt zu Lateinamerika und Karibik wurde aus Zeitgründen auf das informelle Arbeitsmittagessen verschoben. Die für das Mittagessen geplante Diskussion zu Multilateralismus wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Belarus und zu Bosnien und Herzegowina/Althea an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- Einrichtung eines Mechanismus für bilaterale Konsultationen/einen politischen Dialog auf hoher Ebene zwischen der EU und Panama
- Gemeinsame Erklärung für einen Dialog über Umwelt, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung mit Kolumbien
- Nicht verbindliches Instrument zur Stärkung und Ausweitung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien
- Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen
- Beschluss des Rates über die Förderung wirksamer Waffenausfuhrkontrollen
- Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua – Überprüfung

- Beschluss des Rates über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen (UNVIM)

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. November 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister